

«Skandalös»: Neuer Anlauf für KSB-Erhalt

Jonas Fricker und links-grüne Grossräte haben einen weiteren Vorstoss eingereicht, um den Abbruch des Badener Spitals zu verhindern.

Pirmin Kramer

Grünen-Grossrat Jonas Fricker war der erste Politiker, der den geplanten Abbruch des alten Hauptgebäudes des Kantonsspitals Baden (KSB) hinterfragt hat. Das ökologische und ökonomische Potenzial, das vernichtet würde, sei zu gross, argumentierte er. Seine Interpellation vor genau zwei Jahren blieb aber ohne Wirkung: Der Regierungsrat hält an seiner Strategie fest, das Spital abzureissen, das sich im Besitz des Kantons befindet.

Das Baugesuch für den Abriss des Gebäudes aus dem Jahr 1978 ist derzeit bei der Stadt Baden hängig. Diverse Parteien und Politiker vor allem aus dem links-grünen Lager haben sich in den vergangenen Monaten auf lokaler Ebene ebenfalls für den Erhalt starkgemacht. Der Heimatschutz machte eine Einwendung. Und nun nimmt auch Jonas Fricker, zusammen mit weiteren Grossrätinnen und Grossräten aus dem links-grünen Lager, wieder einen Anlauf zur Rettung des Gebäudes.

Ein Abbruch auf Vorrat sei nicht zu verantworten und ohne umfassende neutrale Abklärung «skandalös», schreiben sie in einem neuen Vorstoss, den sie Ende November eingereicht haben. Vor dem Abbruchentscheid seien weder Abklärungen zum baulichen Zustand des Gebäudes



Das alte Gebäude des Kantonsspitals Baden: Das Abbruchgesuch ist beim Stadtrat hängig.

Bild: Alex Spichale



Grünen-Grossrat
Jonas Fricker
Bild: A. Wagner

des gemacht worden noch zum Sanierungs- und Weiternutzungspotenzial, so die Kritik.

Eine danach durchgeführte Teilstudie zum baulichen Zustand sowie dem Sanierungs- und Weiternutzungspotenzial der Grossimmobilie mache unmissverständliche Aussagen: Der Gebäudezustand sei gut, und die Gebäudestruktur eigne sich für eine Weiternutzung. Eine Weiterbearbeitung der Machbarkeitsstudie sei den

Interpellanten aber nicht bekannt.

Das kann Jonas Fricker nicht verstehen. «Es ist unverantwortlich, dass keine ernsthafte Machbarkeitsstudie zu konkreten alternativen Nutzungsmöglichkeiten gemacht wurde.» Die Gebäudestruktur würde sich laut Teilstudie für eine Weiternutzung eignen. «Die Vernichtung des ökonomischen und ökologischen Kapitals, das in der Immobilie gebunden ist,

wird ohne seriöse Prüfung von Alternativen beschlossen, das ist sehr bedauerlich», sagt Fricker. Solange die Abrissbirne nicht aufgefahren sei, gebe man die Hoffnung auf eine Weiternutzung des Spitals nicht auf.

In ihrem Vorstoss stellen Jonas Fricker, Christian Keller (beide Grüne), Christian Brügger, Mia Jenni, Lea Schmidmeister, Selena Rhinisperger (alle SP) und Lutz Fischer (EVP) dem Regierungsrat nun diverse Fragen.

So zum Beispiel: «Wie kann der Regierungsrat als Vertreter des Aktionariats der KSB AG verantworten, dass nicht alle Optionen einer Weiternutzung zweifelsfrei und unabhängig durchleuchtet wurden?» Sie wollen wissen, ob die erwähnte Machbarkeitsstudie jemals weitergeführt und abgeschlossen wurde. Sie fragen: Wurden angesichts der Vernichtung der Energie, die in diesem Bau steckt, alle ökologischen und ökonomischen Gesamtbilanzen gezogen? Immerhin werde allein der Abbruch auf mehrere Dutzend Millionen Franken veranschlagt. Und: «Wurde ein Abbruchmoratorium geprüft, solange nicht alle Möglichkeiten einer Weiternutzung ausgelotet wurden?»

Adrian Schmitter, CEO des Kantonsspitals Baden, nahm in einem Kommentar im Badener Tagblatt ausführlich zu den

Kritikpunkten Stellung. «Die Realität ist komplex, und die Gegner des Rückbaus blenden drei fundamentale Aspekte völlig aus: Raum- und Spitalplanung, Infrastruktur und Finanzen», so Schmitter.

Um für zukünftige Anforderungen gerüstet zu sein, gelte es, Landreserven zu erhalten. Das KSB habe deshalb eine Arealstrategie erarbeitet, die bis ins Jahr 2050 vorausblicke. Diese weist der Fläche, wo das alte KSB-Gebäude steht, nach der Inbetriebnahme des Neubaus eine Freihaltezone zu – oberflächlich begrünt und Reservebauland für spätere Nutzungen durch das Spital.

Hinzu komme: Eine Nach- oder Umnutzung des KSB-Altbaus bedinge eine komplette und sehr aufwendige Asbestsanierung, eine Anpassung an die aktuellen Brandschutzvorschriften sowie eine Erdbebenertüchtigung. «Denn die 13 Stockwerke erfüllen aus statischer und bauphysikalischer Sicht die heutigen Auflagen längst nicht mehr», so Schmitter.

Und: Die Anwohner hätten gegen den Neubau nicht zuletzt deswegen keine Einsprachen erhoben, weil man ihnen eine Grünfläche anstelle des Altbaus in Aussicht stellte. Dies habe die Stadt Baden bei der Bewilligung des Baugesuchs klar festgehalten.

Komitee ergreift das Referendum gegen den Reusssteg

Eine Gruppe von 16 Personen will erreichen, dass in Künten an der Urne noch einmal über den Projektierungskredit abgestimmt wird.

Andreas Fretz

An der Gemeindeversammlung vom 21. November sprachen sich Küntens Stimmberechtigte mit 85 Ja- zu 45 Nein-Stimmen für den Projektierungskredit des Reussstegs aus. Dieser soll dereinst in Form einer Hängebrücke Künten mit Fischbach-Göslikon verbinden.

Fünf Tage später stimmte auch die Gmeind in Fischbach-Göslikon mit 90 Ja- zu 12 Nein-Stimmen dem Kredit zu. Pro Gemeinde beträgt der Projektierungskredit 112'500 Franken. Diesem Kredit soll im Sommer 2025 ein Baukreditbegehren über geschätzte 700'000 Franken folgen.

16 Personen wollen nun gegen den Reusssteg-Entscheid der Gemeindeversammlung in Künten das Referendum ergrei-

fen. «Mit dem Referendum wird beabsichtigt, die Entscheidung über den Projektierungskredit und damit über die Realisierung des Reussstegs allen Stimmberechtigten in Künten zu unterbreiten», schreibt das Komitee dazu in einer Mitteilung.

Die Referendumsfrist läuft Ende Jahr ab

Bis zum 30. Dezember 2024 müssen rund 260 Unterschriften gesammelt werden, damit an der Urne noch einmal über den Reusssteg-Kredit abgestimmt wird. Denn der Beschluss der Gemeindeversammlung unterliegt dem fakultativen Referendum. Eine Urnenabstimmung kann von 20 Prozent der Stimmberechtigten verlangt werden. Die Unterstützer des Referendums führen unterschiedliche Argumente ins Feld:

«Insgesamt», so schreiben sie, «wird der mit einem Fahrverbot versehene Fussgängersteg angesichts der nahen Gnadenthalbrücke und der bestehenden Fähre zwischen Sulz und Fischbach als überflüssig empfunden.»

Dem netten Extra eines neuen Wegs über die Reuss stünden viele negative Folgen gegenüber, so die Reusssteg-Gegner weiter. «Zunächst sind die erwarteten Gesamtkosten von mehr als 3 Millionen Franken sehr hoch, wobei noch ungezählte Folgekosten hinzukommen würden.» Aufgrund des Bevölkerungswachstums in der Gemeinde würden zudem hohe Infrastrukturausgaben für Schulraum (14,8 Mio. Franken) und weitere Bauten anstehen, die den Finanzhaushalt für lange Zeit belasten.



Zwischen den Gemeinden Künten und Fischbach-Göslikon ist ein Reusssteg geplant.
Bild: Soraya Sägesser

Auf Ablehnung stösst auch die Absicht der Behörden, aus dem Ortsteil Sulz mit dem Reusssteg eine regionale Touristendestination zu machen. «Die erwarteten

Besucherströme würden nicht nur dem bisherigen Dorfleben ein Ende setzen, die vielen Besucher wären auch für das sensible Auengebiet mit seinen Lebens-

räumen für seltene Pflanzen und Tiere eine starke Belastung.» Zudem würde die schöne Reusslandschaft durch die wenig attraktive Beton-Stahl-Hängebrücke abgewertet. Unverständnis ruft auch hervor, dass der Steg in vier Naturschutzgebiete und zwei Landschaftsschutzgebiete hineingebaut werden soll.

Der Reusssteg beschäftigt die Befürworter und die Gegner schon länger. 2023 trafen die beiden Gemeinden mit den Naturschutzverbänden eine Einigung, worauf diese ihre Einsprache zurückzogen. Anfang 2024 wandten sich Bernhard Meier aus Künten und Michael Koller aus Zürich in einem offenen Brief an die Grossrätinnen und Grossräte, um ihre Bedenken am Projekt mitzuteilen. Beide gehören nun zur Gruppe der Referendums-Unterstützer.

ANZEIGE

TOTAL - AUSVERKAUF

%

möbelmeier

wohneideen aus brugg

Möbel ab Ausstellung bis 70%

Orientteppiche bis 70%

Dekoartikel bis 50%

Bilder bis 50%

Matratzen, Lattenroste bis 50%

auf Neubestellungen bis 30%

bis 70% auf über 500 Teppiche von klassisch bis modern

alles Abholpreise

Möbel Meier AG - Wildschachenstrasse 26 - 5200 Brugg - Telefon 056 441 41 23 - Montag geschlossen - Do Abendverkauf bis 20.00 Uhr

www.moebel-meier-brugg.ch